

**Die Zukunft  
gehört uns.**

Hintergründe für Aktive

# System- fehler II

Thesen zur  
Krise in Europa







## **Inhalt**

Vorwort .....	6
Die Euro-Krise ist eine Krise des Kapitalismus .....	11
Sparprogramme sind Raubbau an unseren Gemeingütern .....	17
Nicht die Banken sind systemrelevant, sondern die Menschen .....	23
Die Legitimationskrise des Systems ist hausgemacht .....	27
Die Zukunft Europas gehört der Jugend .....	31
Ausblick .....	36

**Heute, morgen,  
übermorgen –  
die IG Metall**

„Demokratie ist ein Prozess, eine pulsierende, lebendige Bewegung der Hoffnungen und des Fortschritts, die ständig die Verwirklichung der Ziele im Leben anstrebt: die Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Es gibt keine Demokratie, solange sie nicht dynamisch ist.“

*Saul David Alinsky*

Glaubt man den Verlautbarungen vieler hochrangiger Vertreter und Kommentatoren aus Politik, Wirtschaft und Medien, dann ist die so genannte „Eurokrise“ schnell erklärt: Die europäischen Staaten, allen voran die Südeuropäer, hätten jahrelang „über ihre Verhältnisse“ gelebt. Sie hätten sich ein schönes Leben auf Pump finanziert – und müssten zum Ausgleich nun radikale Sparprogramme auflegen. Oft greifen Politiker und Medien zum Bild des faulen und verschwenderischen Südeuropäers auf der einen und der sparsamen schwäbischen Hausfrau auf der anderen Seite, um diese Darstellung populistisch zu untermauern. Doch ganz so einfach ist die Sache nicht. Denn Staaten sind keine Privathaushalte, Regierungschefinnen keine Hausfrauen und die Ursachen der Krise sind vielfältig. Zu kompliziert, um sie zu verstehen, sind sie jedoch nicht.

Diese Broschüre versucht, die wichtigsten Zusammenhänge und Begriffe rund um die Krise der letzten Jahren zu erklären und einen Ausblick auf die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen zu geben, die uns global, in Europa und in Deutschland erwarten.

Wir hoffen, damit einen Beitrag zum besseren Verständnis des aktuellen Geschehens leisten zu können und wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Eure IG Metall Jugend

**Thesen  
zur Krise  
in Europa**

„Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken.“

*Willi Bleicher*

Ich möchte den  
KAPITALISMUS  
lieben

ich schaffe es einfach  
nicht

# Die Euro-Krise ist eine Krise des Kapitalismus

## Von der Blase am US-Immobilienmarkt zur europäischen „Schuldenkrise“

In den letzten Monaten und Jahren war viel von der Krise des Euro zu lesen und davon, dass die gemeinsame europäische Währung von Anfang an eine falsche Konstruktion gewesen sei, weil Länder wie Deutschland und Griechenland zu unterschiedlich seien, um sich eine Währung zu teilen. Dabei wird jedoch vergessen, dass die Krise des Euro in Wahrheit Teil einer tiefen Krise des weltweiten Finanz- und Wirtschaftssystems ist, die von vielen Experten seit Mitte der 2000er-Jahre vorhergesagt wurde. Ausgelöst wurde sie schließlich im Jahr 2007 durch das Platzen einer gewaltigen Spekulationsblase im Immobiliensektor in den USA. Befeuert durch niedrige Dollarzinsen hatten US-amerikanische Banken zwischen 2001 und 2007 immer riskantere Kredite zum Kauf von Wohnungen und Häusern vergeben, die Risiken in komplexen Wertpapieren gebündelt, weltweit weiterverkauft und am Ende selbst auf den Zusammenbruch des Systems spekuliert.

Die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 reichte dann auch, um die gesamte amerikanische Finanzbranche an den Rand des Abgrunds zu führen. Und da amerikanische Banken eng mit europäischen Geldhäusern verwoben sind, weitete sich die Krise binnen kurzer Zeit auf den alten Kontinent aus. Ohnehin hatten sich auch in europäischen Ländern in den vergangenen Jahren ähnliche Spekulationsblasen im Immobilienbereich gebildet, etwa in Island, Irland und Spanien, die in kleinen Volkswirtschaften freilich kaum die gleiche, global relevante Dimension annehmen konnten wie in den USA.

Parteien und Politiker, die sonst stets die angebliche Selbstregulierung des Marktes als Lösung für alle Probleme hochhalten, sahen sich plötzlich genötigt, unvorstellbare Geldbeträge zur Rettung der Pleitebanken aufzuwenden. Denn deren Bankrott hätte eine weltweite Kettenreaktion von Pleiten im Finanzsektor zur Folge haben und zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen können. Aus diesem Grunde werden große Finanzhäuser von Politikern häufig als „systemrelevant“ bezeichnet und mit unvorstellbaren Summen aus Steuergeldern vor der Pleite gerettet.

Diese Rettungsaktionen liefen dabei stets nach ähnlichem Muster ab. Die Staaten garantierten für die Risiken, übernahmen die Verluste der Banken im Rahmen so genannter „Bad Banks“ und stellten den Banken frisches Kapital zu geringen Zinsen zur Verfügung. So hat die Europäische Zentralbank im Herbst 2011 zwei Mal 500 Milliarden Euro zu 0 bzw. 0,5 Prozent Zinsen an die Banken in der EU verliehen. Mit diesem Geld sollten die Banken ihren eigentlichen Aufgaben wieder nachkommen, Kredite an die Privatwirtschaft vergeben, das im Umlauf befindliche Kapital im Fluss halten und den Staat bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben unterstützen.

Die Banken jedoch, gerade gerüffelt wegen ihrer risikoreichen Geschäfte, nahmen nun die Bonität einzelner Staaten unter die Lupe – und verweigerten den Ankauf von Staatsanleihen oder verlangten unannehmbar hohe Zinsen. Sie hatten ein gutes Argument: ihr geschäftliches Risiko. So wurden die Staatsschulden durchaus zu einem Teil des Problems. Tatsächlich ist die aktuelle Krise jedoch das Ergebnis einer dem Kapitalismus innewohnenden Eigenschaft nach stetiger Profitmaximierung und Expansion.

## **Systemische und politische Ursachen für die Krise**

Von der Ölkrise der 1970er über den Wandel industrieller Produktion bis zum global deregulierten Kapitalismus.

Für die meisten Veränderungen und Reformen der letzten 30 Jahre gibt es einen gemeinsamen Nenner, und der heißt: mehr Markt, weniger Staat. Diese Entwicklung ist nicht nur einer Ideologie geschuldet, die an die geheimnisvolle unsichtbare Hand glaubt, die der Ökonom Adam Smith vor etwa 250 Jahren als regelndes Prinzip in offenen Märkten beschrieben hat. Diese Entwicklung gründet sich vielmehr in der Geschichte und in der Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte ein beispielloser Aufschwung in den Ländern der so genannten westlichen Welt eine Zeit lang für ökonomische Stabilität gesorgt. Diese Periode war geprägt von der massenhaften Produktion von Konsumgütern und der oft Henry Ford zugeschriebenen Einsicht: „Autos kaufen keine Autos“. Der hatte nämlich erkannt: Damit die Unternehmen Profite erzielen konnten, müssen die Menschen in die Lage versetzt werden, die hergestellten Waren auch kaufen zu können.

Die Löhne stiegen daher regelmäßig an und das lebenslange Arbeitsverhältnis in einem Betrieb galt als Normalfall. Das Problem war nur: Irgendwann waren die meisten Menschen mit Autos, Kühlschränken, Einbauküchen und Fernsehern versorgt – und die Unternehmensgewinne begannen zu sinken. Zugleich hatte der technische Fortschritt neue Produktionsformen ermöglicht, die weit weniger menschliche Arbeitskraft benötigten.

Die Ölkrise des Jahres 1973 und das Ende des Bretton-Woods-Systems, das für feste Wechselkurse zwischen den reichen Ländern sorgte, markierten in dieser Situation den Beginn einer neuen Ära. Denn der Anstieg des Ölpreises offenbarte nicht nur die Abhängigkeit des Westens vom Öl, er führte auch zu einem dramatischen Rückgang der Nachfrage und zu massiver Überproduktion. Zunächst in den USA und Großbritannien, später auch in Deutschland und weiteren europäischen Ländern reagierten Politik und Wirtschaft mit der seit damals oft wiederholten Melodie: Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung. Vordergründig ging es darum, dass Unternehmen tatsächlich auf veränderte Bedingungen reagieren mussten. Doch darüber hinaus mussten neue Felder für den kapitalistischen Markt erschlossen werden, um den Unternehmen neue Profite zu ermöglichen und die Wirtschaft am Laufen zu halten. Eines dieser Felder war die Deregulierung des internationalen Handels mit Finanzprodukten, die zuvor als zu riskant galten – und die höhere Gewinne versprachen, als sie in der so genannten „Realwirtschaft“ jemals möglich wären. Ein weiteres Feld war, Arbeitsmärkte zu deregulieren und Niedriglöhne zuzulassen, um Arbeit als Faktor in der wirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verbilligen.

Das Ergebnis von drei Jahrzehnten Deregulierung ist schließlich die globalisierte Wirtschaft der Gegenwart, in der zunehmend alle gesellschaftlichen Bereiche der Logik des Marktes unterworfen sind und Löhne oft nicht mehr reichen, um davon leben zu können. Das Ergebnis von drei Jahrzehnten Deregulierung ist aber auch ein Wirtschaftssystem, das mehr denn je dabei ist, sich selbst zu zerstören – und die Lebensgrundlagen der Menschheit gleich mit.

SPAR

# Sparprogramme sind Raubbau an unseren Gemeingütern

## Die Mär von der schwäbischen Hausfrau und die volkswirtschaftliche Realität

Der Staat als ausgleichendes Korrektiv gesellschaftlich ungleich produzierten Wohlstands und die verheerende Wirkung von Sparprogrammen und Austeritätspolitik.

Auf den ersten Blick erscheint es einleuchtend, wenn Politiker immer wieder die angebliche Notwendigkeit zum Sparen betonen. Denn schließlich können auch Privathaushalte nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen, ohne dass dies auf die Dauer zu größeren Problemen führt. Ein zweiter, genauerer Blick jedoch zeigt, dass dieser Vergleich nicht aufgehen kann. Denn Staaten sind keine Privathaushalte, sie setzen vielmehr die Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Aktivitäten für alle Akteure in einer Gesellschaft und bestimmen darüber, welche Aufgaben öffentlich und welche privat erledigt werden sollen.

Zu den klassischen staatlichen Aufgaben zählen Justiz, Polizei und Militär, aber auch die so genannte Daseinsvorsorge, also Wasser-, und Energieversorgung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel. Zu den Aufgaben eines modernen Staates zählt für viele aber auch, für sozialen Ausgleich zu sorgen und etwa soziale Gerechtigkeit, Bildungschancen oder Zukunftstechnologien wie erneuerbare Energien zu fördern.

Das Geld, das dem Staat für diese gemeinschaftlichen Aufgaben zur Verfügung steht, kann nur aus der Gesamtleistung einer Volkswirtschaft entnommen werden – und zwar auf zwei Wegen: Durch das Erheben von Steuern oder durch die Aufnahme von Schulden. Während das Prinzip der Steuern relativ einfach zu verstehen ist – alle geben etwas von ihrem Geld für gemeinschaftliche Aufgaben ab – ist es bei den Schulden etwas komplizierter. Schulden werden aufgenommen, indem Anleger staatliche Anleihen kaufen und dafür einen jährlich garantierten Zins erhalten. Je mehr Schulden ein Staat aufnimmt, desto mehr verdienen die Gläubiger des Staates an diesen Zinsen. Es ist also durchaus richtig, dass Staatsschulden ein Problem sind, denn sie zementieren die Umverteilung zugunsten der Wohlhabenden und gehen zu Lasten künftiger Generationen. Eine mögliche Lösung bestünde in einer angemessenen Besteuerung hoher und höchster Einkommen und Kapitalvermögen an den gemeinschaftlichen Aufgaben durch höhere Steuern.

Die Lösung kann jedoch kaum in der gegenwärtig europaweit betriebenen Politik der „Austerität“ liegen, also darin, dass der Staat nur so viel ausgeben soll, wie er zuvor an Steuern eingenommen hat. Denn ein Staat, der – wie in Deutschland geschehen – zuvor seine Steuersätze für hohe und höchste Einkommen massiv gesenkt hat, beraubt sich mit einer Politik der Austerität seiner eigenen Handlungsspielräume, weil er zwangsläufig immer weniger Geld für notwendige Aufgaben zur Verfügung hat. Geld, das zur Finanzierung von Schwimmbädern, Bibliotheken, Schulen und Universitäten fehlt.

## **Sparprogramme als Fortsetzung radikalisierter neoliberaler Ideologie**

Warum Sparen in der Krise ein gigantisches Umverteilungsprogramm von unten nach oben ist und warum die Jugend mit am meisten darunter zu leiden hat.

Dass die aktuelle Krise in ökonomischer Hinsicht ein Resultat kapitalistischer Eigenlogik ist, wurde eingangs bereits beschrieben – doch werden Tempo und Intensität dieser Krise maßgeblich durch ideologische Faktoren beeinflusst. Während die Zeit vor der Ölkrise 1973 geprägt war von der Idee, der Staat müsse die Kräfte des Marktes regulieren und aktiv in das Wirtschaftsleben eingreifen („Keynesianismus“), so ist die internationale Politik spätestens seit den 1980er-Jahren vom so genannten Neoliberalismus dominiert. Anhänger dieser Richtung vertreten die Auffassung, Ursachen für ökonomische, soziale und ökologische Probleme seien nicht etwa in der Logik des Marktes zu suchen, sie sehen den freien Markt vielmehr als grundsätzlich dem Staat überlegen und lehnen Eingriffe von außen vehement ab.

Dies war in den vergangenen 30 Jahren die ideologische Basis einer Politik, die darauf abzielte, immer mehr öffentliche Aufgaben in die Hände privatwirtschaftlicher Akteure zu legen. So wurden in den meisten Staaten der westlichen Welt Verkehrsnetze, Post und Telekommunikation privatisiert und verbliebene öffentliche Unternehmen und staatliche Institutionen gezwungen, nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu arbeiten. Damit wurden die Grundsätze von Konkurrenz und Gewinnmaximierung, die dem Kapitalismus zugrunde liegen, auf weite Teile des öffentlichen Lebens ausgedehnt. Heute müssen auch Krankenhäuser oder Universitäten zunehmend nach marktwirtschaftlichen Prinzipien wirtschaften, ohne auf spezifische Belange Rücksicht nehmen zu können, die dem Gesundheits- oder Bildungswesen eigen sind.

Mit der nun postulierten „Staatschuldenkrise“ wird diese Politik ein weiteres Mal verschärft. Denn die öffentlichen Haushalte stehen nach den Bankenrettungen unter nie dagewesenem Druck – und müssen alle Möglichkeiten nutzen, ihre Ausgaben zu kürzen. Der Sachzwang ist in gewisser Weise also tatsächlich da – und wurde zugleich durch die Politik vorher geschaffen.

Die sozialen Folgen der Sparprogramme sind absehbar: Sie führen zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Unterschiede, sie machen, kurz gesagt, die Reichen reicher und die Armen ärmer. Denn Kürzungen öffentlicher Ausgaben werden zumeist in einem Bereich vorgenommen, der den sozial Schwächeren mehr schadet als den Wohlhabenden, sie betreffen zumeist öffentliche Angebote wie Schwimmbäder, Bibliotheken oder Regionalbahnstrecken. Sparprogramme verschlechtern diese Angebote der öffentlichen Hand nicht nur ein weiteres Mal – sie bescheren darüber hinaus den Wohlhabenden weitere Zuwächse ihrer Vermögen – durch die Privatisierung vormals öffentlicher Unternehmen, die fortan gewinnbringend betrieben werden müssen.

Unter den Sparprogrammen leiden werden all jene, die Schwimmbäder oder öffentliche Bibliotheken genutzt haben oder auf Regionalverkehr angewiesen waren. Es betrifft also ein weiteres Mal vor allem die unteren und mittleren Schichten. Und es betrifft die junge Generation, die ohnehin zu einem großen Teil in prekären Umständen lebt.

LOVE  
IS ALL ▾

WIDERST  
SYSTEMDEFEKT

# Nicht die Banken sind systemrelevant, sondern die Menschen

## Der neoliberale Staat sägt an den Fundamenten der Demokratie

Wie der sich immer weiter ausdehnende Markt die Grundlagen demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichen Ausgleichs zerstört.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde häufig vom Sieg bürgerlich-liberaler Demokratien über den Sozialismus und gar vom „Ende der Geschichte“ gesprochen, von einer finalen Welt- und Gesellschaftsordnung, in der alle Konflikte befriedet sind. Fortan, so glaubten viele, werde das Modell demokratischer Gesellschaften mit kapitalistischem Wirtschaftssystem einen weltweiten Siegeszug antreten. Ein knappes Vierteljahrhundert später erscheint die Verbindung von Demokratie und Marktwirtschaft durchaus nicht mehr als die einzig mögliche Gesellschaftsordnung, heute spricht etwa die gegenwärtige deutsche Bundeskanzlerin lieber von einer „marktkonformen Demokratie“ als ihrem politischen Leitbild.

Die Dominanz des Marktprinzips bedroht jedoch den Kern der Demokratie weil politische Entscheidungen immer öfter unter dem Druck eben jener „Marktkonformität“ getroffen werden müssen. Mit Demokratie und Markt stehen sich zwei regulative Prinzipien gegenüber, die nur schwer in Einklang miteinander zu bringen sind. Denn während am Markt orientierte Entscheidungen ausschließlich nach Profitabilität und Effizienz getroffen werden müssen, können demokratische Prozesse langsam, ineffizient und zuweilen auch teuer sein – und vor allem andere Ziele als das der Wirtschaftlichkeit verfolgen.

Nach drei Jahrzehnten neoliberaler Politik stehen die westlichen Gesellschaften in der derzeitigen Krise vor der Frage, ob sie die Demokratie auf dem Altar des Marktes opfern wollen – oder ob die kapitalistische Wirtschaft und ihre ungestüme Dynamik zugunsten von Teilhabe, gesellschaftlichem Ausgleich und sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit gezügelt werden muss. Letzteres setzt in jedem Fall einen grundlegenden Kurswechsel nationaler und internationaler Politik voraus.

## **Das Verhältnis von Staat und Kapital in der Krise**

Warum der neoliberale Staat die Interessen von Banken und Konzernen und nicht die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen schützt.

Wenngleich die Rolle und Funktion des Staates im Kapitalismus vielfach diskutiert und umstritten ist, so herrscht zumindest bei offiziellen Anlässen relative Einigkeit darüber, dass der Staat, wie eingang schon erwähnt, nicht nur zentrale hoheitliche Aufgaben wie Justiz und Polizei übernehmen muss, sondern zumindest einen grundlegenden gesellschaftlichen Ausgleich herstellen soll.

Kaum ein Wirtschaftsboss in den USA oder Europa würde etwa der Aussage widersprechen, dass nicht nur Kinder aus reichen Elternhäusern die Chance auf ein Universitätsstudium haben sollen, kaum ein Politiker würde steigender Armut das Wort reden und nur wenige würden dies alles dem freien Markt überlassen wollen.

Und doch stehen die meisten politischen Entscheidungen in direktem Widerspruch dazu. Denn einerseits wurden die Konditionen für Unternehmen kontinuierlich verbessert und die Möglichkeiten staatlicher Eingriffe in den meisten Ländern der westlichen Welt systematisch verringert – durch Privatisierung vormals staatlich geregelter Bereiche und durch eine Gesetzgebung, die den Staat zu marktwirtschaftlichem Handeln zwingt. Andererseits war die Zeit seit den 1980er-Jahren durch stetigen Abbau öffentlicher Leistungen und Erhöhung individueller Verantwortung geprägt. Dieser scheinbare Widerspruch rührt daher, dass Staaten immer Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse sind – und diese haben sich in den vergangenen 30 Jahren dramatisch zugunsten der Wirtschaft verschoben. Oberstes Ziel des neoliberal geprägten Staates ist es, die Bedingungen zur Profitsteigerung für die Wirtschaft zu gewährleisten – im Zweifel auch gegen die Interessen und gegen den Willen der eigenen Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang werden auch die derzeitigen Sparprogramme in südeuropäischen und anderen Ländern verständlich, die einen radikalen Abbau öffentlicher Leistungen und sozialer Sicherheit mit sich bringen – aber zugleich den beteiligten Unternehmen große Profite in Aussicht stellen. Welche Mittel Staaten zur Anwendung bringen um ihre Politik durchzusetzen, ist in den letzten Jahren bei Protesten und Ausschreitungen in Athen, London oder Paris eindrucksvoll deutlich geworden.

**20 Cent**

**Münze**

**Bei Versagen  
Knopf drücken!**



# Die Legitimationskrise des Systems ist hausgemacht

## Wirtschaftlich funktioniert es nicht mehr

Der Kapitalismus nützt nur noch einer kleinen Minderheit der Menschen und zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen.

„We are the 99 percent“ – „Wir sind die 99 Prozent“: Der Slogan der Occupy-Bewegung, die 2011 beinahe weltweit öffentliche Plätze besetzte, bringt eines der zentralen Probleme des Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Phase treffend auf den Punkt. Vom derzeitigen Wirtschaftssystem profitiert nur noch eine kleine Minderheit der Gesellschaft, die Mehrheit erlebt nurmehr Nachteile, während das System mit seinem Zwang zum Wachstum dabei ist, den Planeten zu zerstören. Getragen wurden die Proteste von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft – aber insbesondere von der jungen Generation.

Die findet sich in immer mehr Fällen und in immer mehr Ländern in einer Lage wieder, die den Protest gegen das bestehende System regelrecht herausfordert.

Von den USA über Israel bis nach Spanien, von der arabischen Welt bis nach Russland können junge Menschen von ihrer Arbeit nicht leben – oder finden erst überhaupt keine Stelle. In Spanien liegt die Arbeitslosigkeit in der jungen Generation bei fast 50 Prozent, in Portugal, Griechenland und Italien ist es nicht viel besser – und es ist kaum zu erwarten, dass die Spardiktate aus Berlin und Brüssel dies ändern werden. Doch auch in Deutschland, das derzeit gerne als wirtschaftliches Vorzeigemodell präsentiert wird, arbeiten gut 30 Prozent der unter 30-Jährigen in prekären und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen.

Doch damit nicht genug. Immer mehr Menschen erkennen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seinem Dogma stetigen Wachstums und seiner fatalen Abhängigkeit von Erdöl und anderen fossilen Rohstoffen die Lebensgrundlagen der Menschen auf Dauer zerstört. Immer mehr Menschen fordern daher einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zu einer Wirtschaftsordnung, die nicht nur ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in der einen Welt zulässt, sondern die auch den Planeten selbst für nachfolgende Generationen als lebenswerten Platz erhält.

## **Politisch ist das Vertrauen weg**

Weltweit gehen junge Menschen gegen politische Entmachtung und für demokratische Teilhabe auf die Straßen.

„Wer are the 99 percent“ – das bezieht sich nicht nur auf das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern spricht auch jener Politik das Mißtrauen aus, die dieses Wirtschaftssystem stützt und sich dabei immer mehr von demokratischen Prinzipien entfernt.

Von den USA über Israel bis nach Spanien, von der arabischen Welt bis nach Russland gehen junge Menschen auf die Straßen, um gegen die Entmachtung des demokratischen politischen Souveräns durch eine entfesselte Weltwirtschaft einzutreten und echte demokratische Mitsprache der Menschen zu fordern.

Noch gibt es Stimmen, die diese Proteste als „unsäglich albern“ (Gauck) oder als Träumerei bezeichnen. Andere sehen klarer und erkennen, dass diejenigen die Träumer sind, die glauben, dass alles so weiter gehen könne wie bisher. Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek etwa bezeichnete die Proteste in New York als „Erweckung aus einem Traum, der sich in einen Alptraum verkehrt hat“.

Wenngleich die Bedingungen zwischen den USA, Spanien, Russland oder den arabischen Ländern nicht verglichen werden können, so fällt doch die Ähnlichkeit der Forderungen auf: Echte Demokratie und Gerechtigkeit. Die Menschen haben also sehr genau verstanden, wie es um die Demokratie im globalen Kapitalismus bestellt ist, sie wissen um ihr verbrieftes Recht – und um ihre latente Macht.

Die Überzeugungskraft von Parteien und Politikern hat bei der jungen Generation dramatisch nachgelassen, ohne dass deswegen das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen verschwunden wäre. Zahlreiche Studien zeigen, dass eine Mehrheit junger Menschen eine hohe Bereitschaft zum Engagement für konkrete politische Themen aufweist, aber dem gegenwärtigen System nicht mehr über den Weg traut.

Ein System, dem eine steigende Zahl von Menschen das Vertrauen entzieht, hat jedoch, das lehrt die Geschichte, nicht nur seine Legitimation verloren, es kann seinen Machtanspruch auch nur um den Preis gewalttätiger Auseinandersetzungen behaupten. Über kurz oder lang bricht sich das Neue Bahn.

**ZUKUNFT**

Experimentelle  
Geschichtsforschung



# Die Zukunft Europas gehört der Jugend

## Die Unzufriedenheit steigt

Warum die wirtschaftliche Situation der Jungen die Stabilität des gesamten Systems von morgen ernsthaft bedroht.

In seinen besseren Jahren hat das kapitalistische Wirtschaftssystem stets über ein zentrales Versprechen funktioniert: Wer sich anstrengt, der kommt weiter. Wer hart arbeitet, verdient gutes Geld. Der Glaube an dieses Versprechen war in den 50er, 60er und 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Motivation für Millionen von Menschen, an den Fließbändern zu stehen und damit das deutsche Wirtschaftswunder und eine prosperierende Wirtschaft in anderen Ländern zu ermöglichen.

Dieses Versprechen ist heute gebrochen. Wer heute nach Ausbildung oder Studium ins Berufsleben einsteigt, kann froh sein, überhaupt eine feste Stelle zu finden – und nicht mit Endlos-Praktika, Leiharbeit oder Werkverträgen abgespeist zu werden.

Die Glücklichen, die eine feste Stelle finden, müssen in der Regel mit einem befristeten Arbeitsvertrag und zumeist niedrigen Löhnen vorlieb nehmen. Das sind nicht die Bedingungen, um eine Familie zu gründen, ein Haus zu kaufen und gelegentlich in den Urlaub fahren zu können. Die Mehrheit der jungen Arbeitnehmer in Deutschland muss mit einem Leben in Unsicherheit klarkommen. In anderen Ländern ist die Situation wesentlich dramatischer, Spanien und Griechenland erleben die Auswanderung beinahe einer ganzen Generation – unter anderem nach Deutschland.

Das Versprechen des Kapitalismus, von Soziologen „Aufstiegsversprechen“ genannt, war aber nicht nur die Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Krieg, es ermöglichte auch, dass dieser Aufschwung ohne soziale Unruhen stattfinden konnte. Heute würde wirtschaftliche Stagnation völlig ausreichen, um sozialen Frieden zu gewährleisten. Tatsächlich muss aber eine ganze Generation in dauernder wirtschaftlicher Unsicherheit leben, während die Wirtschaft von Jahr zu Jahr höhere Gewinne macht und die Spaltung der Gesellschaft sich immer weiter vertieft. Diese Entwicklung bedroht mittel- und langfristig nicht nur die Stabilität des Status Quo, sie fordert Umbrüche geradezu heraus.

## **Jede Gesellschaftsordnung hat ihre Zeit**

Warum der Unmut der Jungen Generation weltweit das Potenzial hat, den Kapitalismus (wie wir ihn kennen) abzuschaffen.

Die ersten Anzeichen großer Veränderungen kündigen sich zumeist nicht als solche an. Nach Friedrich Engels schlägt quantitative Veränderung jedoch an einem gewissen Punkt um in qualitative Veränderung.

Auf einen solchen Punkt steuern die westlichen Gesellschaften und der globale Kapitalismus gegenwärtig in vielfacher Hinsicht zu.

So hat etwa der Rückzug des neoliberalen Staates aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu einer Legitimitätskrise des gesamten Systems geführt, die sich nicht mehr durch etwas Symbolpolitik auffangen lässt. Denn große Teile der Gesellschaft sehen ihre ökonomischen Interessen nicht mehr im politischen System vertreten. Auch mit Blick auf Klimawandel und Ressourcenmangel zeichnen sich Krisen ab, die sich nicht mehr mit den eingespielten Maßnahmen und Verfahren beherrschen lassen. Und nicht zuletzt stehen auf globaler Ebene fundamentale Veränderungen durch den Aufstieg der so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) und den damit verbundenen relativen Abstieg des Westens an, die sich nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer und kultureller Ebene bemerkbar machen werden.

Das bisherige Modell der westlichen bürgerlichen Demokratie, geprägt von freier Marktwirtschaft und den Werten der Aufklärung und der Menschenrechte verpflichtet, steht also vor gewaltigen Umbrüchen und riesigen Herausforderungen. Und es ist derzeit nicht absehbar, welche Transformationen es durchlaufen müssen, ja, ob es die anstehenden Veränderungen überhaupt überleben wird.

Doch das Schriftzeichen für Krise bedeutet in China stets zweierlei: Es signalisiert Gefahr – und es steht für eine günstige Gelegenheit.

# Ausblick

„Die Bevölkerung ist der Motor, die Organisationen der Menschen sind das Getriebe. Die Macht des Volkes wird durch das Getriebe ihrer eigenen Organisationen übertragen, und die Demokratie bewegt sich vorwärts.“

*Saul David Alinsky*



Die gegenwärtige Krise ist, wie wir gesehen haben, kein kurzfristig entstandenes und durch ein paar einzelne Korrekturmaßnahmen zu lösendes Problem, sie ist Ausdruck einer ideologisch beeinflussten und politisch geförderten strukturellen Veränderung des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Doch das bedeutet weder, dass wir diesen Veränderungen schutzlos ausgeliefert sind, noch dass wir mit unserer Forderung nach einem grundsätzlichen Kurswechsel allein stehen – es geht vielmehr darum, dass wir unsere Macht erkennen und diese gemeinsam mit unseren Verbündeten nutzen.

Wir müssen gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften in Deutschland und Europa dafür eintreten, dass die neoliberal geprägte Politik ein Ende hat und eine verantwortliche, sozial und ökologisch nachhaltige Politik an ihre Stelle tritt.

Gemeinsam treten wir ein für eine Politik, die der weiteren Verrohung des Arbeitsmarktes nicht nur ein Ende macht, sondern wieder für sichere und gute Arbeit für alle Menschen und insbesondere für die Junge Generation eintritt. Wir treten ein für eine Politik, die allen Menschen ermöglicht, eine Ausbildung im gewünschten Beruf oder ein Studium zu absolvieren – und zwar ohne Gebühren und ohne unnötigen Zeitstress. Wir treten auch dafür ein, dass neben der Arbeit nicht nur Zeit für die Familie bleibt, sondern auch Hobbies oder ehrenamtliches Engagement möglich sein müssen.

Wir wollen eine Gesellschaft, die allen Menschen das notwendige Minimum an sozialer Sicherheit bietet, das nötig ist, um individuelle Potenziale entfalten zu können. Wir wollen eine demokratische Gesellschaft, die sich nicht den Erfordernissen des Marktes unterwirft, sondern für alle Menschen offen ist, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe oder Herkunft.

Wir sind überzeugt, dass Europa nur eine Zukunft hat, wenn es ein demokratisches und solidarisches Europa der Bürger ist, ein Europa in dem die starken Schultern mehr tragen als die schwachen und in dem die Menschen mehr zählen als Konzerne. Wir sind überzeugt: Die Zukunft Europas gehört der Jugend Europas.

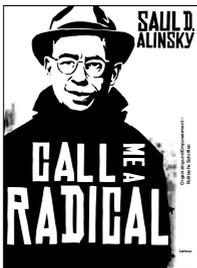
*Eric Leiderer*  
*Bundesjugendsekretär*  
*der IG Metall*

## Lesetipps für Radikale



### Systemfehler

Wir können uns weder den Kapitalismus einfach wegwünschen, noch ein fertiges alternatives Gesellschaftssystem aus dem Nichts entwerfen. Aber wir können selber denken und handeln, wenn wir ein besseres Leben erzielen wollen. Im ersten Teil unserer Systemfehler-Reihe stößt die IG Metall Jugend eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus an und zeigt Handlungsansätze für einen Kurswechsel auf.



### Call me a Radical, Saul D. Alinsky

Er hat die Organizing-Strategie erfunden: Saul D. Alinsky, der sich selbst als „Radikaler“ versteht, beschäftigt sich mit dem systematischen Aufbau von Massenorganisationen, dem Erlangen von Macht und der Verteilung von Macht an die Bevölkerung. Auf der Basis einer konsequenten Konflikt- und Beteiligungsorientierung entwickelt Alinsky Strategien, Taktiken und Kampagnenregeln, mit denen sich die scheinbar Machtlosen erfolgreich gegen die Herrschenden zur Wehr setzen.



## **Protest, Bewegung, Umbruch**

Jahrelang waren wir gewöhnt, dass über unsere Köpfe hinweg regiert wurde. Jetzt wollen wir diese Arbeitsteilung nicht mehr. Politischer Protest wird eine Lebensäußerung – ein Lebensgefühl. Junge Aktivisten berichten unverfälscht von den Brennpunkten der europäischen Proteste und wenden sich mit diesem Buch direkt an die Junge Generation: „Protest, Bewegung, Umbruch“ zeigt den Mut und die Raffinesse, mit der junge Menschen im Kampf für ihre Ziele die Deutungshoheit über die öffentliche Meinung gewinnen.

Die Broschüre „Systemfehler“ findet ihr als PDF zum Download im Aktiven-Portal der IG Metall unter [www.apo.igmetall.de](http://www.apo.igmetall.de)

Alle anderen Medien könnt ihr unter anderem auch über eure Verwaltungsstelle vor Ort beziehen.

## **Impressum**

### *Herausgeber*

IG Metall Vorstand  
Ressort Junge IG Metall  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
60329 Frankfurt am Main

### *Konzept, Redaktion und Gestaltung*

IG Metall Jugend in Zusammenarbeit mit Kornberger und Partner  
Kommunikationsberatung, Berlin [www.kornbergerpartner.com](http://www.kornbergerpartner.com)

### *Fotos*

photocase / Titel rolleyes  
S. 10 time., S. 16 krockenmitte, S. 22 TimToppik,  
S. 26 106313, S. 30 knallgrau

Erstauflage November 2012

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes

© IG Metall-Vorstand  
Ressort Junge IG Metall





[www.igmetall-jugend.de](http://www.igmetall-jugend.de)

[www.facebook.de/igmetalljugend](http://www.facebook.de/igmetalljugend)

